

Neben den 137 Beschuldigten, deren Ausschleusung durch kriminelle Menschenhändlerbanden vorbereitet wurde, sind im Berichtszeitraum weitere

644 DDR-Bürger (1977 = 779)

wegen beabsichtigten ungesetzlichen Verlassens der DDR durch die Untersuchungsabteilungen des MfS in Bearbeitung genommen worden; davon handelten

135 Personen (17,3 % der Gesamttäterzahl)
(1977: 118 = 12,5 %)

mit unmittelbarer Unterstützung durch staatliche Einrichtungen der BRD sowie Bürger aus der BRD, anderen nichtsozialistischen Staaten und Westberlin.

In diesem Zusammenhang erfolgte die Festnahme von

32 Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin,

ohne daß diesen ein Handeln im Auftrage von kriminellen Menschenhändlerbanden und anderen Feindorganisationen nachgewiesen wurde.

Die übrigen in Bearbeitung genommenen

509 DDR-Bürger (65,2 % der Gesamttäterzahl)

(1977: 661 = 69,9 %) versuchten, allein - ohne derartige Unterstützung - die DDR zu verlassen.

Dabei ist hervorzuheben, daß bei rückläufiger Tendenz der absoluten Zahl der Tätergruppe, die nicht in Verbindung mit Menschenhändlerbanden stand, (1977: 779; 1978: 644) gegenüber